

gegangen. Hier verläuft die Entwicklung nicht gleichförmig. Bis zum Jahre 1951 steigt der Bestand der 0- bis 15-jährigen als Folge der Geburtenzunahme nach der Machtübernahme noch an. Die von da ab rückläufige Bewegung wird durch die voraussichtlich im Jahre 1942 wieder eintretende Geburtenabnahme verursacht, und diese wiederum folgt aus der starken Bestandsverminderung der 15- bis 45-jährigen, also auch der gebärfähigen Frauen. Der ältere Teil der Bevölkerung, die Gruppe der 45- bis 65-jährigen und vor allem die Gruppe der über 65-jährigen nimmt an Zahl noch beträchtlich zu. Für die 45- bis 65-jährigen gilt dies allerdings nur für das männliche Geschlecht, für das die geschwächten Jahrgänge der Kriegsteilnehmer im Laufe des hier betrachteten Zeitraumes von 1939 zu 1975 immer stärker aus dem Kreis dieser Altersgruppe heraustreten. Die starke zahlenmäßige Steigerung der ältesten Altersgruppe ist auf die Geburtenzunahme vor der Jahrhundertwende zurückzuführen.

Diese verschiedenartige Entwicklung der vier Altersgruppen hat eine starke Verschiebung des Altersaufbaus zur Folge. Übersicht 16* bringt dies deutlich zum Ausdruck. Zum Vergleich ist in dieser Übersicht auch der Altersaufbau des Deutschen Reiches mit aufgeführt, der sich für die Jahre 1960 und 1975 auf die vom Statistischen Reichsamt angestellte Vorausberechnung¹⁾ stützt.

Vergleicht man die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen mit der des Reiches für die einzelnen Altersgruppen, so ergibt sich 1975 gegenüber 1939 in Sachsen ein fast ausnahmslos niedrigerer Bevölkerungsstand als im Reich. Lediglich die Zahl der 65-jährigen und Älteren hat sich seit 1939 sowohl in Sachsen als auch im Reich gleichartig um 84 v. H. erhöht. Am stärksten ist der Unterschied zwischen Sachsen und Reich in den Altersgruppen 35 bis 55. Es handelt sich also dabei fast ausschließlich um bereits vorhandene Geburtsjahrgänge: von der Mitte des

1) Wirtschaft und Statistik 1938, S. 971.

Übersicht 16*

Altersgruppe	Von 100 Personen entfallen auf nebenstehende Altersgruppen im Jahre											
	1910			1933			1960			1975		
	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.
a) Sachsen												
0—15	33,8	31,8	32,8	22,5	20,0	21,2	19,6	18,0	18,8	19,6	18,5	19,1
15—45	47,6	47,3	47,4	49,2	49,0	49,1	39,6	36,6	38,0	39,9	37,8	38,8
45—65	14,9	15,9	15,4	21,4	22,8	22,1	30,3	31,1	30,7	25,3	24,9	25,1
65 u. d. zupf.	3,7	5,0	4,4	6,9	8,2	7,6	10,5	14,3	12,5	15,2	18,8	17,0
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
b) Deutsches Reich												
0—15	34,5	33,3	33,9	25,3	23,1	24,2	22,1	20,6	21,3	22,0	21,0	21,5
15—45	46,3	45,3	45,9	47,8	48,1	47,9	41,9	39,7	40,8	41,8	40,2	41,0
45—65	14,8	15,9	15,3	20,3	21,3	20,8	26,9	27,9	27,4	23,7	23,9	23,8
65 u. d. zupf.	4,4	5,5	4,9	6,6	7,5	7,1	9,1	11,8	10,5	12,5	14,9	13,7
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Jahres 1939 aus betrachtet um die Geburtsjahrgänge 1884 bis 1904, von der Mitte des Jahres 1975 aus betrachtet um die Geburtsjahrgänge 1920 bis 1940. Die Ursache dieser starken Unterschiede kann in der sich immer mehr differenzierenden Geburtenentwicklung zwischen Sachsen und dem Reich seit jener Jahre vor 1900 erblickt werden: Im Jahre 1885 lag die Geburtenziffer Sachsens mit 42,0 um 5,0 über der des Reiches; in den Jahren 1899, 1913, 1930 und 1938 entfielen auf 1000 der mittleren Bevölkerung 38,9, 24,9, 14,9 und 15,6 Lebendgeborene in Sachsen, bzw. 35,8, 27,5, 17,6 und 19,7 Lebendgeborene im Reich. Das Verhältnis der sächsischen zur Reichsgeburtenziffer hat sich also immer mehr verschlechtert. Es betrug 1885: 1,14, 1899: 1,09, 1913: 0,91, 1930: 0,85, 1938: 0,79. Hauptsächlich diesem Umstand ist die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zwischen Sachsen und dem Reich zuzuschreiben.

Wohnungs- und Siedlungsbau in Sachsen 1935 bis 1937¹⁾

Von Oberregierungsrat Dr. jur. et phil. Reinhard Uhle

Einleitung

Wenn man die Wohnungspolitik der Zeit vor dem großen Kriege mit der in der Nachkriegszeit bis 1933 und mit derjenigen seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus vergleicht, so zeigt sich, wie auf fast allen anderen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, auch hier ein Unterschied von grundlegender Bedeutung. In der Vorkriegszeit war auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaftspolitik und damit auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens der Grundsatz des wirtschaftlichen Liberalismus allbeherrschend; man erwartete alles Heil vom freien Spiel der Kräfte, und es gab deshalb damals eine Wohnungspolitik im eigentlichen Sinne überhaupt nicht. Die Erstellung der erforderlichen Wohnungen wurde völlig oder fast völlig der privaten Initiative überlassen, die naturgemäß die Frage des Wohnungsbaues vorwiegend unter dem Gesichtspunkte eines möglichst günstigen Ertrages des aufzuwendenden Kapitals betrachtete. Der Grund und Boden war eine Ware wie die Verbrauchsgüter, obwohl er in seiner Größe naturgegeben und nicht wie diese beliebig vermehrbar ist. Man wird rückschauend sagen müssen, daß die freie Wirtschaft sich der Aufgabe, den deutschen Familien einigermaßen angemessene Wohnungen zu erschwinglichem Preise zur Verfügung zu stellen, nicht gewachsen gezeigt hat, zumindest nicht in den Großstädten und in den Industriebezirken, in denen durch die ungeahnt schnelle Entwicklung der Industrie eine ungeheure Zusammenballung der Bevölkerung erfolgte. Eine oft bedenkenlose Bodenspekulation trieb die Preise für den Grund und Boden ständig in die Höhe, und die Folge war, daß der Boden durch den Bau von Mietkasernen so weitgehend wie möglich ausgenützt wurde. Die Ergebnisse

1) Die Ergebnisse für 1938 bis Mai 1939 siehe S. 49.

dieser Bauzeit sehen wir noch heute vor uns: enge graue Häuserzeilen in den Großstädten und ihren Vororten, Mietkasernen mit Hinterhäusern ohne genügend Luft und Licht. Auf ein Haus entfielen beispielsweise in Berlin 75,9 und in Leipzig 27,3 Bewohner, in London dagegen nur 7,9. Demgegenüber fielen die so begrüßenswerten Bestrebungen und Leistungen der sich erfreulich entwickelnden Baugenossenschaften sowie mancher sozial eingestellter Unternehmer, die preiswerte und schöne Wohnungen für einen Teil ihrer Belegschaft errichten ließen, zahlenmäßig nur wenig ins Gewicht.

Die Kriegszeit von 1914—1918 hat ein fast völliges Aufhören des Wohnungsbaues gebracht, und auch die Jahre 1919—1924 zeitigten eine ganz ungenügende Erstellung von Wohnungen, der ein außerordentlich ansteigender Bedarf gegenüberstand: einmal durch die Nachholung vieler, durch den Krieg aufgeschobener Haushaltgründungen und zum anderen durch die Rückkehr sehr zahlreicher Familien aus den abgetretenen Gebieten in das kleiner gewordene Deutschland. Die Gründe für die viel zu geringe Erstellung von Wohnungen waren das teilweise Fehlen von Baumaterialien und das ständige Absinken des Geldwertes, das eine ordnungsmäßige Finanzierung außerordentlich erschwerte; vor allem aber war es die Tatsache, daß durch die Wohnungszwangswirtschaft die Mieten künstlich niedrig gehalten wurden und ein Bauen auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage mangels jeglicher Rentabilität im allgemeinen nicht möglich war. Länder und Gemeinden haben deshalb seit 1925 den Wohnungsbau weitestgehend durch die Gewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken, die zu ganz niedrigen Zinsen oder — wie in Sachsen — zinslos und meist mit nur 1 v. H. Tilgung gegeben wurden, unterstützt, und zwar mit der ungeheuren Summe von insgesamt über 5,5 Milliarden RM Hauszinssteuerhypotheken. Gewiß ist damit in den Jahren 1925 bis